Straßenszene in der gambischen Hauptstadt Banjul

Analyse

Es geht doch

Warum der Machtwechsel in Gambia ein wenig Hoffnung sät

Normalerweise stützen sich die Herrscher Afrikas gegenseitig. Sie schauen weg, wenn einer der Ihren durch Wahlbetrug im Amt bleibt. Sie dulden schwere Menschenrechtsverletzungen, denn sie begehen sie oft in ihren eigenen Ländern. Sie hofieren selbst üble Despoten wie den Simbabwer Robert Mugabe oder Pierre Nkurunziza, der gerade Burundi ruiniert.

In Gambia aber war es diesmal anders: Erstmals in der postkolonialen Geschichte des Kontinents zwangen afrikanische Präsidenten einen Diktator zum Rücktritt, einen clownesken Big Man, der im Dezember eine Wahl verloren hatte und trotzdem ad infinitum weiterregieren wollte. Nun flog Yahya Jammeh am vergangenen Samstag ins Exil nach Äquatorialguinea – nachdem er die Zentralbank geplündert hatte. Vielleicht gelang der unblutige Machtwechsel nur, weil Gambia so klein ist. Ein Zwergstaat, politisch wie wirtschaftlich unbedeutend, militärisch schwach. Schwergewichte wie Nigeria, Ghana oder Kenia hätten das niemals mit sich machen lassen, sie verbitten sich jede Form der Einmischung.

Dennoch könnte Gambia ein Präzedenzfall für den gesamten Kontinent werden. Denn diesmal haben die Präsidenten der Nachbarstaaten ein Grundprinzip der Afrikanischen Union durchgesetzt, das es verbietet, den Ausgang freier Wahlen zu missachten. So konnten die Gambier einen weiteren Sieg der Demokratie in Afrika feiern. Allein in diesem Jahrzehnt fanden in Niger, Guinea, Mali, im Senegal, in Nigeria, Guinea-Bissau oder auch Benin friedliche Wahlen statt, in Burkina Faso jagte das Volk einen Kleptokraten aus dem Amt. Nun bekommt der neue Präsident Gambias, Adama Barrow, die Chance, eines der ärmsten Länder gerechter zu regieren.

Bartholomäus Grill

ANDREW RENNEISEN / GETTY IMAGES

Japan

Heldin der Sushi-Nation

Bislang wurde die japanische Politik von Männern und ihren Ritualen beherrscht. Doch nun bringt eine Frau das Gefüge der Macht durcheinander: Yuriko Koike, 64, Gouverneurin von Tokio, will bei der Wahl zum Regionalparlament der 13-Millionen-Hauptstadt im Sommer mit einer eigenen Partei antreten. Die ehemalige Fernsehmoderatorin und frühere Verteidigungsministerin fordert mit der Parteigründung ihre einstigen Verbündeten, die regierenden Liberaldemokraten von Premier Shinzo Abe, heraus. Sie könnte dem Premier auch auf nationaler Ebene gefährlich werden. Lange beherrschte Abe fast konkurrenzlos die Politik. Doch nun vergeht kaum ein Tag, ohne dass die beliebte und ehrgeizige Koike mit neuen Reformanstößen Anhänger gewinnt. Zum Ärger der Bauindustrie und deren politischen Unterstützern setzte sie durch, dass die Ausgaben für die Olympischen Spiele in Tokio 2020 deutlich gekürzt werden. Unter der Parole „Vorrang für die Tokioter Bürger“ verschob sie außerdem den Umzug des traditionsreichen Fischmarkts der Stadt. Dafür wird sie in der Sushi-Nation gefeiert: Denn der Neubau wurde in der Bucht von Tokio auf einem ehemaligen Industriegelände errichtet und birgt offenbar erhebliche Umweltrisiken. Im Grundwasser unter den neuen Hallen wurden 79-fach höhere Werte des krebserregenden Benzols gemessen als erlaubt. ww

TORU HANAI / REUTERS

Koike bei einer Parade

Großbritannien

Kleinkrieg um Brexit

Zwei Monate vor dem geplanten Beginn der EU-Austrittsverhandlungen steht Premierministerin Theresa May vor einem zähen Machtkampf mit dem Parlament. Anfang der Woche hatte der Oberste Gerichtshof in London entschieden, dass Mitglieder des Ober- und Unterhauses einem formellen Austrittsgesuch der Premierministerin ihre Zustimmung erteilen müssen. Nun verlangen die Parlamentarier weitere Konzessionen. Darunter die Zusicherung, dass May ihnen genug Zeit gibt, über das Ergebnis der Verhandlungen mit der EU zu beraten. Notfalls stürze sich die Opposition in einen „Nahkampf“ mit der Regierung, heißt es bei Labour. Im Unterhaus verfügt May nur über eine knappe Mehrheit von 16 Sitzen. Etliche Tory-Abgeordnete sehen Mays harten Brexit-Kurs kritisch und wollen verhindern, dass für die Ein- und Ausfuhr von Waren aus Europa künftig Zölle fällig werden. Zudem sieht sich die Premierministerin mit mindestens zwei weiteren Gerichtsverfahren zum Brexit konfrontiert. Unter anderem geht es um die für May existenzielle Frage, ob die Regierung juristisch überhaupt dazu berechtigt ist, das Land aus dem Binnenmarkt zu führen. cx

KIRSTY WIGGLESWORTH / INTERTOPICS

May im Lancaster House in London

Fußnote

731 Millionen

Internetnutzer zählte China im vergangenen Jahr – das ist gut die Hälfte der Bevölkerung und entspricht fast anderthalbmal der Gesamteinwohnerzahl der EU. Allein der Zuwachs übertrifft die Einwohnerzahl Polens um fünf Millionen. Die meisten nutzen das Internet mobil, unterliegen dabei aber strenger Zensur.